

das ende des Läden-booms - wie können wir den handel optimieren?

Sven Schendekehl



Die Repression hat den Grossteil der Läden vernichtet. Das neue Gesetz wird beraten, aber es dauert noch einige Zeit, bis es in Kraft tritt (falls überhaupt). Trotzdem kiffen wir weiter. Gibt es nur den Untergrund? Wieder Dealer und Konsument, wie früher? Ein paar Anregungen, dass es vielleicht auch anders gehen könnte.

Übersicht

Zunächst möchte ich meine fünf Ausgangspunkte darlegen. Dann stelle ich ein Modell vor, von dem ich denke, so möchte ich den Handel unter den heutigen, schwierigen Bedingungen organisiert haben (grundsätzlich bin ich für eine vollständige Legalisierung von Cannabisprodukten analog Alkohol und Tabak – aber eben, das ist meine Meinung und nicht die des Gesetzgebers). Und zum Schluss gehe ich noch auf ein paar Probleme und offene Fragen ein.

1) Gekifft wird eh

Ob legal oder illegal, gekifft wird eh. Die Gesellschaft macht sich ziemlich grosse Illusionen bezüglich der Steuerbarkeit des Drogenmarktes. Solange Menschen kiffen (oder anderes konsumieren) wollen, solange wird es einen Markt dafür geben. Da es auch keinerlei Opfer gibt – die Konsumierenden schädigen sich ja lediglich selber – gibt es auch niemanden, der wirklich ein Interesse an einer Unterdrückung dieses Konsums hat. So können viele Aktivitäten über längere Zeit laufen, ohne dass Polizei und Untersuchungsbehörden davon überhaupt etwas ahnen. Denn es gibt praktisch niemanden, der Anzeige erstatten könnte (solange es im Verdeckten abläuft). Und auch wenn die Polizei davon erfährt, unternimmt sie häufig nichts, weil sie wirklich Wichtigeres zu tun hat, als ein paar Kiffenden und Handeltreibenden nachzuspüren. Wenn es keine Anzeige gibt, wenn es niemandem auffällt...

2) Der neue Umgang lässt auf sich warten

Der politische Prozess braucht noch mindestens bis Anfang 2005, bis ein neues Gesetz vorliegt. Doch dieses muss dann auch erst mal angewendet und ausgelotet werden. Doch eben, kiffen tun wir ja bereits gestern, heute und morgen. Zur Zeit geht der ganze Handel einfach wieder in die alten Kanäle: auf die Gasse, in Privatwohnungen, in Platten-, Kleider-, und sonstwas-Läden: Nur nicht auffallen heisst die Devise. Doch nach Jahren der Läden, der Auswahl und des stressfreien Einkaufens stellt sich schon die Frage: Sind wir damit wieder zufrieden? Einfach wieder das alte Spiel: Hier die Konsumentinnen und Konsumenten, dort die Händler und Händlerinnen?

3) Das negative Image des Cannabishandels

Die Linken sehen die Dealer/Hanfladenbesitzer als geldgeile Typen, mit denen man kaum solidarisch sein kann: «Das sind doch eh solche, denen es nur ums Geld geht», hört man immer wieder aus SP- und GP-Kreisen. Dabei wird nicht gross unterschieden zwischen den Handeltreibenden, die effektiv nur aufs schnelle Geld aus sind und denen, die wirklich für Qualität und einen sauberen Verkauf eintreten wollen. Und auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums sind die Handeltreibenden nicht gern gesehen. Auch wenn ich finde, es gibt keinen prinzipiellen Unterschied, ob man sein Geld mit dem Verkauf von Autos, Cannabisprodukten, Schokolade oder Alkohol macht: Für viele Leute aus FDP und CVP macht das sehr

wohl einen Unterschied. (Die SVP ist sowieso gegen alles.)

Wie könnten wir das verhindern – wie könnten wir das Image des Hasch- und Gras-Verkaufs so verbessern, dass grössere Teile der Gesellschaft das ok finden können?

4) Die fehlende Solidarität

Die Konsumierenden kaufen einfach Gras und Hasch – wenn der Verkäufer dann Probleme bekommt, sind sie nicht solidarisch mit dem Verkäufer. Sondern sie suchen sich einen neuen. Und während der alte Verkäufer Probleme mit der Polizei hat, geben die Konsumierenden ihr Geld halt einfach dem neuen Verkäufer.

Wie können wir die Solidarität zwischen den KundInnen und den HändlerInnen verbessern?

5) Das fehlende Geld

Es fehlt an Geld für politische Aktivitäten. Sei es Medienarbeit (Interviews geben, Leserbrief schreiben, Medienversände durchführen, medien-gerechte Aktionen entwickeln und durchführen), Magazine – wie das Legalize it! – herausgeben, mit Behörden verhandeln, Demonstrationen organisieren, oder eine Volksinitiative sammeln irgendwann in der Zukunft, um die vollständige Legalisierung durchzusetzen (und nicht nur eine teilweise Entkriminalisierung wie das heute vorgeschlagen wird): Alles braucht Geld. Vor allem, um Menschen zu bezahlen, die dann die Interessen der Kiffenden wahren und solche Aktionen wie oben beschrieben durchführen können. Die Kiffenden sind zwar bereit,

jedes Jahr hunderte von Millionen Franken für den Hasch- und Graskauf aufzuwenden, doch für politische Arbeit kommt zur Zeit kaum eine halbe Million Franken pro Jahr zusammen. Das ist etwa ein Promille des Cannabis-Umsatzes und genügt bei weitem nicht. «Fehlendes Geld» bezieht sich also nicht generell auf das Geld – Geld gibt es schon, aber vorwiegend fürs Kiffen. Wie könnte man das verbessern? Wie könnten wir in Regionen kommen, wo etwa ein Prozent der jährlichen Aufwendungen fürs Kiffen in die politische Arbeit fliessen? Ein Prozent tönt nach wenig, wäre aber doch zehn Mal mehr als das heutige Promill. Ein Promill entspricht etwa 500'000 Franken, ein Prozent würde dagegen rund 5 Millionen Franken. Das würde gut genügen, um vielfältige Aktionen zu realisieren. Aber wie kriegen wir das hin?

Und jetzt: Wie könnte ein besserer Umgang mit dem Handel aussehen?

Zentral scheint mir, dass Hanf-Handel und Hanf-Konsum und Hanf-Politik näher zusammenrücken. Wir brauchen eine Struktur, die es ermöglicht, den Kiffenden ihren Stoff, den Handeltreibenden ihren Lohn und den AktivistInnen die nötigen Budgets bereitzustellen. Wenn wir diese Verknüpfung nicht erreichen, bleibt einfach der allerallergrösste Teil des Umsatzes beim Geld-gegen-Kiffen-Umsatz – und für eine Verbesserung unseres Ansehens in Politik und Gesellschaft bleiben nur die äusserst beschränkten Ressourcen von heute.

Die Idee: Die Kiffer-Rolle und die Dealer-Rolle aufbrechen

Die Schweiz ist voll von Vereinen. Ich schlage hier Vereine als Grundform vor. Sie sind schnell gegründet, vom Gesetz her klar und demokratisch strukturiert (Mitglieder, Vorstand). Das Vermögen eines Vereins gehört nicht einer einzelnen Person, sondern der Gesamtheit der Mitglieder, dem Verein eben. Daraus folgt, dass niemand sich persönlich bereichern kann. Ein allfälliger Vermögenszuwachs gehört eben dem Verein – und der Vorstand oder die Vereinsversammlung entscheidet, wie er verwendet werden soll. Damit können wir ein Problem schon mal lösen: Es kann sich niemand privat bereichern, also sollten sowohl Linke wie Rechte darin keine geldgierigen Dealer erkennen können.

Das Ziel eines Vereines darf auch nicht das Erzielen eines Gewinnes sein, sondern ein Verein soll sich um politische, kulturelle, soziale Fragen kümmern. Und genau darum geht es ja: Es geht um Einflussnahme in der Politik, es geht um die Förderung der Kiffkultur, es geht um die Verbesserung der Lage der Kiffenden.

Einen Laden würde ein solcher Verein nicht führen – Läden sind viel zu offensichtlich und geraten schnell ins Visier von Nachbarn und der Polizei. Läden sind halt öffentliche Strukturen. Mir schwebt eher ein Vereinslokal vor. Das kann ein Büroraum sein, ein Gewerberaum. Wichtig ist einfach, dass sich Menschen begegnen können. Es braucht also Sitzgelegenheiten, Tische, vielleicht einen Kühlschrank.

Probleme eines Vereinslokals

Wenn zu viele Leute vorbeikommen und das ganze wie eine Kantine oder gar ein Restaurant aussieht, ergeben sich vielfältige Probleme. Zur Führung eines solchen Lokals braucht es ein Wirtepatent, sonst ist der Ausschank von Getränken oder der Verkauf von Esswaren illegal. Eine solche Bewilligung jedoch zieht massive Infrastrukturkosten nach sich. Noch schwieriger ist, dass das Einholen einer solchen Bewilligung natürlich auch sonstige staatliche Stellen auf die Lokalität aufmerksam macht. Allerdings ist das Ziel unseres Vereins ja auch nicht, den Kiffenden einen möglichst easy Ort zum Abhängen zu organisieren. Zentral sind für unser Projekt folgende Elemente: Es braucht einen Ort, wo man vorbeigehen und Hasch und/oder Gras einkaufen kann (dafür reicht ein Büroraum). Es muss möglichst viele verschiedene Sorten und Qualitäten an Lager haben (da ist es am besten, einen oder mehrere Tiefkühler zu haben – tiefgekühlt hält sich Gras und Hasch am besten). Es sollte möglich sein, ab und zu eine Vereinssitzung durchzuführen (dafür reichen ein paar Stühle und Tische und ein Harass Mineral).

Das Problem des Rauchens

Solange nur einzelne Vereinsmitglieder vorbeikommen, sollte das Problem des Rauchens noch keines sein. Sobald jedoch mehrere Leute für eine längere Zeit absitzen und anfangen zu drehen, ist der Rauch ein Problem. Nicht nur für die Kiffenden selber, die sich schon sehr bald

kaum mehr sehen können – auch die Umgebung (Nachbarschaft, evtl. PassantInnen) können sich mehr als gestört fühlen. Von daher ist die Lüftung ein zentrales Problem, dem viel Beachtung geschenkt werden sollte. Allenfalls muss eine Lüftung eingerichtet werden. Dies ist mit grossen Kosten verbunden. Eine Alternative dazu wäre, nur wenig zu rauchen und stattdessen mit Vaporizern zu inhalieren: Einfahren tut's auch, es wäre gesünder als das Rauchen, und den Geschmack von Gras oder Hasch kann man sogar besser beurteilen, als wenn der Rauch den Geschmack überlagert. (Vaporizer sind Geräte, die Hasch oder Gras so erhitzen können, dass sie nicht anfangen zu brennen, dass aber gleichwohl das psychoaktive THC aus dem festen Zustand in einen gasförmigen übergeht, so dass es inhaliert werden kann.)

Und wie wird gehandelt?

Aber wer macht denn die Arbeit? Wer kauft ein, bereitet auf, verkauft? Wer führt den Club? Nun, jeder Verein hat die Möglichkeit, neben unbezahlter Gratis-Arbeit, wie es in vielen Vereinen üblich ist, auch Menschen anzustellen, um bestimmte Arbeiten zu erledigen. Und ein solcher Club bräuchte sicher einen oder mehrere Angestellte. Diese müssen bestimmte Öffnungszeiten garantieren, die Lokalität in Schuss halten, den Nachschub organisieren und sie sollen auch bezahlte politische Arbeit tun. Seien es Rechtsberatungen, Medienarbeit oder Aktionen im öffentlichen Raum. Doch wie sollen diese Arbeiten bezahlt werden?

Die Mitglieder des Vereins müssen Mitgliederbeiträge zahlen. Mit diesen wird der Mietzins der Lokalität bezahlt, auch das Telefon, die Kosten von Aktionen und vor allem die Löhne und die Lohnnebenkosten (AHV&Co., BVG, Versicherungen). Dafür muss der Verein auf das verkaufte Hasch und Gras keinen Zuschlag, keine Marge erheben: Er kann einkaufen, und zum gleichen Preis wieder verkaufen. Wenn es gelingt, Menschen anzustellen, um das nötige Cannabis selber zu produzieren (sei es indoor oder draussen auf Balkonen und kleinen Feldern), kann der Verein seinen Mitgliedern das Kiffmaterial sogar gratis abgeben – die nötigen Löhne und Spesen würden über die Mitgliederbeiträge abgebucht. Optimal wäre, der Vorstand des Vereins, oder allenfalls eine daraus gebildete Kommission, entscheidet, was der Verein einkauft oder von wem er produzieren lässt. Diese Kommission würde dann auch die Qualität überprüfen und dafür schauen, dass allfällige Verkäufer einen angemessenen, nicht überrissenen Preis verlangen (solange nicht die ganze Produktion unter eigener Kontrolle ist).

Wie gross soll ein solcher Verein sein?

Kiffende sind zumeist recht individualistisch eingestellt. Und es ist effektiv nicht das Ziel, alle Kiffenden der Schweiz in einen Verein zu bringen. Es genügt, wenn ein Club etwa 100 bis 200 Mitglieder hat (siehe auch provisorisches Budget eines solchen «Standardvereins für Kiffende»). Die Verschiedenartigkeit der Kiffenden könnte so in den verschiedenen Vereinen zum

Ausdruck kommen. Denkbar wären etwa Vereine für reine Haschischkonsumierende, für reine Graskiffende, für Cannabis-Essende, für pur Rauchende. Auch nach Musikgeschmack und Szenenzugehörigkeit könnte unterschieden werden. Schön wäre, wenn sich die verschiedenen Vereine gegenseitig kennen und vor allem die politischen Aktionen gemeinsam durchführen oder wenigstens koordinieren könnten.

Wenn die Polizei kommt...

Sollte trotz der relativen Kleinheit und Unauffälligkeit eines solchen Vereins eine Razzia stattfinden, kann die Polizei nicht einfach nur die VerkäuferInnen mitnehmen und belangen. Natürlich sind die Angestellten eines solchen Vereins die erste Zielscheibe. Aber dann kommt es darauf an, dass alle Mitglieder zusammenstehen, entsprechende Aussagen machen («Wir Konsumierende haben uns zusammengetan, um dem absurden Verbot unseres Genussmittels ein vernünftiges Modell der Selbstorganisation entgegenzusetzen»). Diese Aussagen sollen im Verein natürlich auch bewusst geübt werden, es können auch Aussagen in schriftlicher Form im Büro hinterlegt werden, so dass alle Mitglieder auf diese verweisen können. Parallel dazu würde der Verein dann sofort an die Öffentlichkeit gelangen, mit Medien reden und den ganzen repressiven Prozess benützen, um Öffentlichkeitsarbeit für die Legalisierung, für unser Genussmittel zu machen. Und diese Öffentlichkeit müsste sich dann damit abfinden, dass es nicht einfach ein paar böse, geldgeile Dealer

waren, die das organisiert hatten, sondern eine Gruppe von verantwortungsbewussten Kiffenden, die endlich aus dem Schwarzmarkt ausbrechen und eine gute Lösung für das Problem erschaffen haben. Ohne persönliche Bereicherung... Damit sollte es möglich sein, auf viel mehr Verständnis zu stossen als die heutigen Hanfladenbesitzer. Denn die Konsumierenden haben eindeutig mehr Kredit in der Öffentlichkeit als die Handeltreibenden.

Ein mögliches Budget

200 Mitglieder zahlen monatlich einen Mitgliederbeitrag von 50 Franken, macht Total 10'000 Franken Einnahmen pro Monat. Damit lassen sich ungefähr folgende Aktivitäten finanzieren: Zwei Stellen à 60% und 3000 Franken netto pro Monat ergibt monatliche Kosten (inkl. Lohnnebenkosten) von 7500 Franken. Für die Lokalität könnte man (inkl. Mietnebenkosten) etwa 1000 Franken aufwenden, das entspricht etwa 40 bis 60 Quadratmetern Fläche. Der Rest des Geldes (1500 Franken pro Monat) fliesst in Telefon, Internet, andere Bürunkosten und Getränke, sowie die Spesen für die politische Arbeit (Aufwendungen für Fahrten, Flyers, Broschüren, Aktionen).

Die bezahlte Arbeitszeit würde für das Organisieren von (möglichst feinen) kiffbaren Waren, das Führen der Lokalität und für die politische Arbeit aufgewendet. Für den Einkauf von Gras und Hasch muss am Anfang noch ein Fonds geöffnet werden (bei 200 Mitgliedern etwa 20'000 Franken), damit man Geld hat, um einkaufen

(oder selber produzieren) zu können. Dann kann man das (ohne Gewinn) wieder verkaufen – so sollte sich der Fonds selber erhalten (man kauft Gras und Hasch, verkauft es zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder, damit hat man wieder Geld, usw.). Auch für die Einrichtung des Clublokals braucht es ein Anfangsbudget.

Was bringt das Ganze?

Unter dem Strich sollte ein Mitglied zwar das Gras oder den Hasch billiger erhalten als beim «Dealer», da es jedoch einen Mitgliederbeitrag zahlen muss, dürfte sich das ungefähr wieder ausgleichen. Allerdings gibt es einen grossen Gewinn: Der Verein ist nicht ein anonymer Dealer, sondern das Mitglied kann Einfluss nehmen auf die Qualität, hat einen sozialen Ort zur Verfügung und ermöglicht politische Arbeit, die längerfristig dazu führen soll, dass unser Genussmittel legal wird. (Wenn dieser Fall je eintreten sollte, kann man solche Vereine auch wieder auflösen.) Falls das neue Gesetz, inkl. der Verordnung zur Einstellung der Strafverfolgung in gewissen Fällen, in Kraft tritt, könnte sich der Verein auch dieser neuen Möglichkeit anpassen – hat er doch mit seiner Nicht-Gewinnorientierung beste Voraussetzungen, die behördlichen Vorschriften zu erfüllen. Der grösste Vorteil ist jedoch, dass man ein solches Projekt heute anfangen könnte und es gute Chancen hat, von niemandem belästigt zu werden. Und falls doch, könnte man für ein solches Projekt auch in der Öffentlichkeit geradestehen, ohne als böser, geldgieriger Dealer hingestellt zu werden.

Zusammenfassung

Die Mitglieder bilden den Verein. Der aus den Mitgliedern gewählte Vorstand kontrolliert die Aktivitäten. Die Angestellten organisieren das Kiffen (am Anfang auf dem freien Schwarzmarkt, später von angestellten ProduzentInnen), managen das Vereinslokal und ziehen politische Aktivitäten durch. Hasch und Gras werden zum Einkaufspreis den Mitgliedern verkauft. Es gibt keinen Gewinn beim Hanfhandel. Die Unkosten werden über die Mitgliederbeiträge gedeckt. Das Projekt findet (mit Ausnahme der politischen Aktivitäten) im Verdeckten statt. Sollte trotzdem eine Razzia passieren, stehen alle, Mitglieder, Angestellte und Vorstand, zusammen und machen vorbereitete Aussagen und gehen an die Öffentlichkeit. Auch vor Gericht würden alle erscheinen, um zu dokumentieren: Es geht uns nicht ums Geld, es geht darum, endlich den Schwarzmarkt auszuhebeln und unser Bedürfnis nach Kiffbarem auf möglichst vernünftige Art zu befriedigen.

Und was meinst du?

Soweit also die Idee. Nun sind wir gespannt: Wo siehst du Schwachstellen oder Probleme? Welche Fragen sind für dich noch offen? Interessiert dich ein solches Projekt? Möchtest du bei einem solchen mitmachen?

Deine Antworten erreichen uns wie immer unter li@hanflegal.ch. Wir sind gespannt.